

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Juni  
2014

## EDITORIAL



von Tilo Kießling

Ich hatte mich eigentlich auf einen nur von etwas Landtagswahlkampf geprägten, sonst aber doch erholsamen und ruhigen Sommer eingestellt. Nun wird das anders: Gespräche über Gespräche finden statt, denn viele sind durch die neue Mehrheit im Stadtrat in Aufbruchsstimmung. So viele Hoffnungen gibt es, den Stillstand unter der oft so unvernünftig agierenden CDU-Herrschaft zu beenden und in den für uns spannenden Fragen endlich gestalten zu können. Es wird kommen ein Tag mit viel Arbeit... auch wenn es nicht die Arbeitermacht ist und die Arbeit länger als einen Tag anhalten wird. (Unkundige mögen an dieser Stelle einfach die Suchmaschine im Internet bemühen...) Einiges sortiert sich. Aus Annkatrin Klepschs Leitartikel spricht die verhaltene Hoffnung, dass sich Mehrheiten jenseits der CDU im Dresdner Stadtrat auch in der praktischen Ratsarbeit umsetzen mögen. Die Parteien SPD, Grüne und DIE LINKE verhandeln inzwischen sehr konkret. Die Chance für unsere Stadt auf einen Richtungswechsel muss ergriffen werden, dessen sind sich die Beteiligten sehr bewusst. Unsere Fraktion hat sich konstituiert und ist bereit, diesen Weg zu gehen.

Aber auch anderes wird in dieser Ausgabe angesprochen. So kann ich Uwe Schaarschmidts Artikel über die Montagsdemonstrationen und die wunderbare Furcht vor ihnen nur wärmstens zum Lesen empfehlen. Auch wenn die Großereignisse, die Wahlen und die Ukraine-Krise unsere Gedanken prägen findet immer noch das politische Alltagsgeschehen statt. So muss sich Falk Neubert, Landtagsabgeordneter der Linksfraktion, immer noch vor Gericht verteidigen: Er hat Nazis blockiert. Man kann über den Verfolgungseifer der sächsischen Justiz nur noch den Kopf schütteln. Alltagsarbeit aber auch im Stadtrat und in der Ortschaftsräten: Insbesondere der Zeitungsteil, den die Ratsfraktion zu verantworten hat gibt hier umfangreich Auskunft. Alles in allem: Eine gelungene Ausgabe unserer Monatschrift.

[www.tilo-kieszling.de](http://www.tilo-kieszling.de)

[tilo.kieszling@dielinke-dresden.de](mailto:tilo.kieszling@dielinke-dresden.de)

LINKE in Dresden legte fast fünf Prozent zu

## Die Würfel sind gefallen



Foto: Tony Hegewald, pixelio.de

Dresden hat gewählt. Klare politische Mehrheiten existieren nun nicht mehr im Stadtrat, stattdessen ist er bunter geworden. Die CDU hat einen Dämpfer erhalten und zwei Mandate verloren, offenbar war die Botschaft „Dresden. Wir kümmern uns drum“ mit der plakatierten Verknüpfung bisher ignoriert Themen nur wenig glaubwürdig. Mit der auf drei Stadträte geschrumpften FDP und der halbierten Bürgerfraktion sind der CDU die verlässlichen Partner für eine konservative Mehrheit abhanden gekommen. Die Dresdner SPD konnte von ihrer Rolle als Koalitionspartner auf Bundesebene bei der Kommunalwahl nicht profitieren. Die Grünen haben ihren Platz als drittstärkste politische Kraft nach CDU und LINKEN und vor der SPD behauptet. Wenig überraschend war der Einzug von zwei Piraten in den Stadtrat, auf deren politisches Wirken man in den nächsten Monaten gespannt sein darf. Der Einzug der AfD in den Dresdner Stadtrat war zu befürchten, jetzt müssen sich alle anderen Parteien mit ihr anhand Dresdner Themen auseinandersetzen.

DIE LINKE konnte sich als zweitstärkste politische Kraft in Dresden behaupten und ihr Ergebnis ausbauen, so dass mit 15 Mitgliedern in der neuen Stadtratsfraktion die Stärke der vorvergangenen Fraktion fast wieder erreicht

wurde. Unsere Mitglieder haben dafür wochenlang Plakate gehalten und Infomaterial verteilt und damit wesentlich zu dem guten Ergebnis beigetragen. Mit einem überzeugenden Wahlkampf allein jedoch ist man bei Wahlen nicht erfolgreich und das erzielte Ergebnis ist auch der Lohn für fünf Jahre engagierte Arbeit der Stadtratsfraktion.

Das Wahlergebnis ist für die Dresdner LINKE Herausforderung und Gestaltungsauftrag zugleich und die Einladung zum Gespräch erfolgte am Tag nach der Wahl an Grüne, Sozialdemokraten und Piraten. Das ließ Teile der Konservativen sofort den Untergang des Dresdner Abendlandes ausrufen, zahlreiche Mahner und warnende Stimmen fanden sich und fanden einen Platz in der hiesigen Presse. Eifrig versucht die CDU, bei Grünen und SPD anzudocken wie beim Haushaltsbeschluss von 2012. Es ist gut, dass die Grünen in ihrem Kreisausschuss den Beschluss gefasst haben, nicht parallel mit zwei politischen Polen zu sprechen, egal, ob das Farbenspiel der Fraktionsvorsitzenden im Landtag passt. Es macht die Situation eher schwierig, wenn Teile der SPD sich nicht festlegen wollen, mit welchen Partnern sie politisch gestalten wollen, sondern das Partizipieren an Macht als solches im Vordergrund steht.

Es ist nun an der LINKEN, als starker Player die Gespräche zu führen und für die gezielte Umsetzung der zahlreichen ähnlichen politischen Zielstellungen bei SPD und Grünen sowie den Piraten in einer verlässlichen Partnerschaft zu werben. Es gibt keine sicheren Mehrheiten mehr im Stadtrat, sondern diese müssen erarbeitet werden. Diese Arbeit mit den richtigen politischen Partnern wird nicht immer einfach sein, aber kann zum Gewinn werden, wenn es tatsächlich gelingt, Kommunalpolitik in der sächsischen Landeshauptstadt in neues Fahrwasser zu bringen: für eine soziale Stadt, für eine ökologische Stadt, für zukunftsorientierte Stadt, an der alle teilhaben können.



Annkatrin Klepsch und Tilo Kießling sind Vorsitzende mehr DIE LINKE. Dresden

[annkatrin.klepsch@dielinke-dresden.de](mailto:annkatrin.klepsch@dielinke-dresden.de)

[www.annkatrin-klepsch.de](http://www.annkatrin-klepsch.de)

# Lichtenbergs Messer. Eine Polemik

von Uwe Schaarschmidt

Die gute Nachricht: Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung steht sowohl der Russland-Ukraine-Politik der Bundesregierung, als auch der entsprechenden Propaganda-Attitüde deutscher Leitmedien äußerst kritisch gegenüber. Lediglich 9% befürworten eine weitere Isolation Russlands. Die schlechte Nachricht: Dies interessiert bislang weder Bundesregierung noch Medien sonderlich. Leserbrief, Foreneinträge und wütende Proteste in den sozialen Netzwerken perlen an ihnen ab, wie Regentropfen vom Lotusblatt. Es war schließlich der Satire-Sendung „Die Anstalt“ des ZDF(!) vom 29. April zu verdanken, dass sich mit Josef Joffe, dem Co-Herausgeber der „Zeit“ endlich ein prominenter Journalist zur Kritik an den Medien verhielt: Mit einem Unterlassungsantrag an das ZDF, sowie einem Beschwerdebrief an dessen Chefredakteur Peter Frey. Die Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner hatten in ihrer Sendung auf einer Tafel die Verflechtungen deutscher Alpha-Journalisten mit elitären, transatlantischen Denkfabriken und Lobbyorganisationen dargestellt, kommentiert und ins Verhältnis mit dem gegenwärtigen Konflikt um die Ukraine und der Rolle der deutschen Bundesregierung, sowie der US-Administration darin gesetzt.

Nun muss man sich über die Verquickung von Politik, Wirtschaft und Journalismus nicht weiter wundern – schließlich sind alle drei traditionell aufeinander angewiesen. Ohne Anzeigen und Werbebeilagen könnten sich die Zeitungen und Zeitschriften keinen Bogen Papier leisten, auf dem die Botschaften der politischen Klasse unter Volk gebracht werden. Allerdings geht bekanntlich der Krug so lange zum Brunnen bis er bricht – oder, im übertragenen Sinne, schreiben und senden auch die Medien nur so lange gegen ihr eigenes Publikum an, bis dieses brechen muss.



Foto: Florentine, pixelio.de

## Rebellion der Gelenkten

Nur so ist zu verstehen, was im März 2014 in Berlin begann und sich zwischenzeitlich – in unterschiedlicher Größenordnung – über dutzende Städte der Bundesrepublik ausgebreitet hat: Die „Montagsmahnwachen für den Frieden.“ Nun müssen einem weder Initiatoren noch Ur-Propagandisten der Berliner Mahnwache sympathisch sein. Ken Jebsen, vom RBB geschasster Radiomoderator und seither in eigener Mission als Welterklärer im Internet unterwegs, Jürgen Elsässer, ein Journalist, dem sein Mangel an Berührungsgang schon die verschiedensten, meist üblen, politischen Infektionen eingebracht hat und Lars Märholz, über den man wenig weiß, außer, dass er immer alle umarmen will – ein seltsames Gespann. Ebenso seltsam, wenn auch nicht neu, die von ihnen vorgetragene, personalisierte Kapitalismuskritik, die sich gern antisemitischer Stereotype bedient und den Kapitalismus als System der Aus-

beutung daher hübsch negiert. Bemerkenswert ist aber, dass ihr Publikum mitnichten mehrheitlich aus Neonazis und Verschwörungstheoretikern besteht, wie sofort von Medien und – leider – auch vielen Linken behauptet wurde, sondern überwiegend aus schlicht verunsicherten Menschen, die nicht mehr daran glauben, dass die etablierten Parteien noch irgendeinen Einfluss auf die Dinge der Welt haben. Es wäre interessant zu wissen, wie groß der Anteil ehemaliger Wählerinnen und Wähler der LINKEN unter diesem Menschen ist. Sicher: Wut und Verzweiflung machen anfällig für die absonderlichsten Theorien. Muss man nun die Verzweifelten dafür schelten oder eher jene, die ihre Verzweiflung produziert haben?

## Das Imperium blökt zurück

Dass sich, örtlich unterschiedlich in Deutlichkeit und Zeitpunkt, die meisten Mahnwachen längst von Antisemitismus, Homophobie, Reichsbürgerei und ähn-

lichem Schwachsinn distanziert haben, spielt indes keine Rolle mehr. Es blieb einem Flaggschiff der Meinungflotten, Spiegel-TV, vorbehalten, die Schelte des Establishments in Bild und Ton als Reportage vom Potsdamer Platz vorzutragen, sich dabei des ältesten Rezeptes der Meinungsmache bedienend: Finde die Idioten und lasse sie im Namen der Nachdenklichen sprechen. Noch übler war nur die Anmoderation von Maria Gresz, seit nunmehr einem Vierteljahrhundert zuständig für die geistige Selbstbefriedigung vom Magister Artium aufwärts: „Gemeinsam ist allen dort, dass sie einen Hau haben.“ Offener lässt sich der Ekel der Eliten vor den Gemeinen nimmer zur Schau tragen. Gresz und Gauck – mehr als diese beiden Namen braucht es nicht, um die intellektuelle Niedrigkeit der deutschen Bourgeoisie im Jahre 2014 zu beschreiben.

Schlimm ist nur, dass es funktioniert und noch schlimmer ist, dass auch Teile der LINKEN vom Abscheu gegenüber ihren potentiellen Wählerinnen und Wählern befallen scheinen. Ohnmächtig gegenüber einem Aufbegehren, das nicht den gehobenen Ansprüchen emanzipatorischer Leitkultur entspricht, einigt man sich – ohne Absprache mit der Reaktion, aber sicher sehr zu deren Gefallen – auf das Totschlagen des Protestes, statt ihn zu dominieren und ruft zum korrekten Protest auf, der schärfsten Waffe der post-sozialistischen Linken. Am 31. Mai 2014 sollte bundesweit und inhaltlich fundiert Rambazamba gegen den Krieg gemacht werden. Es kam nur kaum jemand und noch kaumer hat Spiegel-TV davon berichtet. Eher erinnerte das Ganze an Georg Christoph Lichtenbergs „Messer ohne Klinge, an dem der Stiel fehlt“. Der linke Hügel hatte gekreißt und eine Mücke geboren. Gauck und Gresz können zufrieden sein.

[uwe.schaarschmidt@dielinke-dresden.de](mailto:uwe.schaarschmidt@dielinke-dresden.de)

## Strampeln für Sommer, Sonne, Sozialismus!

Vom 21. Juni bis 7. Juli ist in Dresden wieder Stadtradeln und du kannst Fahrradkilometer für unser Team DIE LINKE Dresden sammeln.

Die Anmeldung ist kostenlos und online möglich unter [www.stadtradeln.de](http://www.stadtradeln.de), in der Teamübersicht findest du nach deiner Registrierung unser Team DIE LINKE Dresden.

Wir wollen zum SZ-Fahrradfest wieder mit einem LINKE-Team mitradeln. Bitte meldet euch an unter [www.sz-fahrradfest.de](http://www.sz-fahrradfest.de) oder in einem SZ-Treffpunkt.

Eckdaten der Tour:  
Start: 10:30 Uhr  
Freizeittour über 13 km



## „So klein ist die Welt“

Sie erzählen uns, was sie erlebt haben, wir machen eine Erzählung daraus!

Motto des diesjährigen Westhangfestes ist „Gorbitz international“. Auch die Schreibwerkstatt des Stadtteils im Dresdner Westen beteiligt sich am Sonntag, 22. Juni 2014, 11 bis 18 Uhr vor dem Club Passage daran. Dafür ruft sie alle Gorbitzer und Gorbitzerinnen auf, Ideen für Geschichten, Anekdoten ihres Lebens, lustige und spannende Begebenheiten, Fotografien und Zeichnungen oder aber biografische Notizen in die Open-Air-Werkstatt der Gorbitzer Schreibgruppe zu bringen (auf Wunsch auch gern anonymisiert). Dort werden diese Anregungen aufgenommen, schriftlich

erfasst und zu literarischen Texten verarbeitet, die von den Ideen-BringerInnen vier bis fünf Wochen später ausgearbeitet abgeholt werden können. Das kann wahlweise via eMail, über die Website oder durch direktes Abholen im Quartiersmanagement geschehen.

## Schreibwerkstatt Gorbitz

22. Juni | 11-18 Uhr  
Vor dem Club Passage  
Leutewitzer Ring 5



# Neue Verhältnisse im Stadtrat

von Jens Matthis

Die Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 sind Geschichte. Ob sie auch in die Geschichte eingehen werden, das wird man sehen. Für hinreichend viel Bewegung haben sie gesorgt. Entscheidend wird wohl sein, wie nachhaltig die Ergebnisse wirken. Und das gilt für alle Ebenen.

## Die Ergebnisse in Europa....

Es soll hier nicht das Hauptthema sein, aber der dramatische Rechtsruck in Europa kann nicht ignoriert werden. Dabei geht es nicht mehr nur um die „üblichen Verdächtigen“, Rechtsparteien wie die FPÖ (Österreich), Vlaams Belang (Belgien), VVD (Niederlande) und die separatistische Lega Nord in Norditalien. Nein, in den beiden klassischen westeuropäischen Demokratien Frankreich und Großbritannien, neben Deutschland und Italien die Hauptsäulen der EU, wurden mit der „Front National“ und der „United Kingdom Independence Party“ zwei rechtsnationalistische und offen fremdenfeindliche und rassistische Parteien zur jeweils stärksten politischen Kraft.

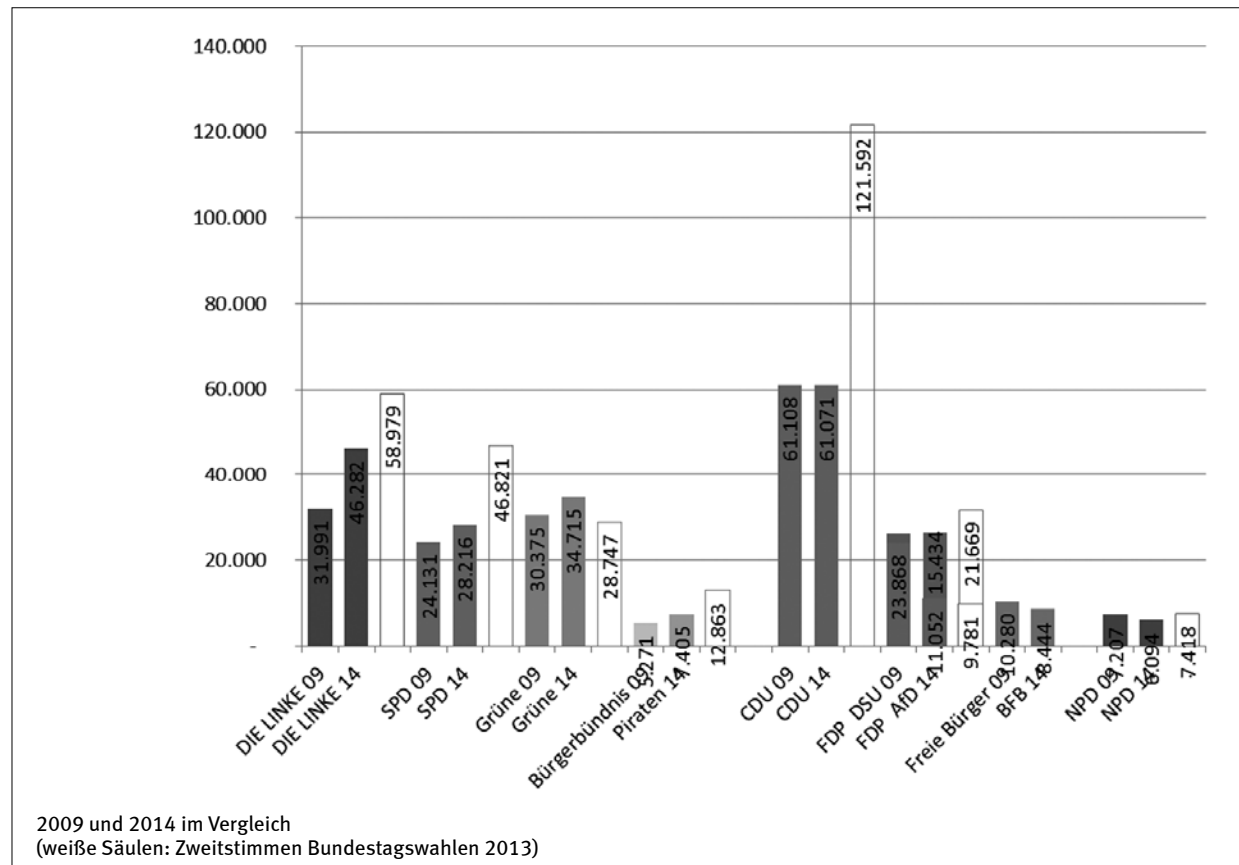
Das ist eine äußerst besorgniserregende Entwicklung, die gegenwärtig durch die aufgeblasene Diskussion über einen neuen Präsidenten der EU-Kommission überdeckt wird. Dagegen mutet der Einzug der „Alternative für Deutschland“ ins Europaparlament (mit 7 Mandaten immerhin in der gleichen Stärke wie DIE LINKE) schon fast harmlos an. Wirklich harmlos ist diese Partei, die sich zwischen radikalen rechts- bzw. neoliberalen und offen nationalistischen Positionen bewegt, allerdings nicht. Interessanterweise suchte sie im EU-Parlament keinen Anschluss bei FN oder UKIP, sondern bei den britischen, tschechischen und polnischen Konservativen, die traditionell eher EU-skeptisch sind.

Für die Linken in Europa waren die Wahlen wohl eher ambivalent. Zwar konnten auch die zur GUE/NGL gehörenden oder ihre nahestehenden Parteien insgesamt deutlich Sitze gewinnen, aber viele hochgestellte Erwartungen erfüllten sich nicht.

So stehen den grandiosen Erfolgen der SYRIZIA in Griechenland (stärkste Partei), verschiedener Linker in Spanien oder auch der Sinn Fein in Irland eben auch Verluste einzelner Sitze in Deutschland, Frankreich und Tschechien gegenüber. Hinzu kommt, dass die Linke in vielen Staaten Europas nach wie vor gar nicht vertreten ist.

## ... und vor Ort

Auch die Kommunalwahlergebnisse in Sachsen sind für DIE LINKE ambivalent. Während die Stimmenzahlen gegenüber den letzten Kommunalwahlen in den meisten Landkreisen stagnieren oder leicht rückläufig sind, wurden in den Großstädten Leipzig und Dresden Zuwächse erreicht. In absoluten Zahlen (138 846 zu 127 782 Stimmen) und bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten hat Dresden sogar die Nase vorn. Der Dresdner Lokalpatriotismus wird nur dadurch getrübt, dass Leipzig letztlich bezogen auf die Zahl



der tatsächlichen WählerInnen und hinsichtlich der Stadtratsmandate (18 von 70, in Dresden „nur“ 15 von 70) den größeren Erfolg zu verbuchen hat.

Gratulieren wir also den LeipzigerInnen und reden wir über den Erfolg in Dresden. Schaut man sich die absoluten Zahlen an, macht man sehr überraschende Feststellungen.

Mitnichten hat die CDU Stimmen, also WählerInnen verloren. Nein, sie holte fast exakt das Ergebnis von 2009. Auch bei ihren BündnispartnerInnen sieht es ähnlich aus. Die Freien Bürger erhielten nur unwesentlich weniger Stimmen als damals. Nur die FDP erlebte einen Einbruch, sie fiel auf weniger als die Hälfte ihrer damaligen WählerInnen zurück. Der Einbruch der FDP (und das Verschwinden der DSU) wurden jedoch durch den Erfolg der AfD kompensiert. Addiert man die Stimmen dieser drei bürgerlichen Parteien rechts der CDU, kommt man ebenfalls fast genau zum Ergebnis von 2009.

Auch die NPD auf der äußersten Rechten verlor trotz AfD nur unwesentlich.

## Wandernde WählerInnen

Wie erklärt sich angesichts dessen der Rot-Rot-Grüne „Erdrutschsieg“, über den alle Dresdner Zeitung breit berichteten?

So groß war der Erdrutsch nicht, aber es gingen diesmal mehr Leute zur Wahl als vor fünf Jahren. Und es gingen nicht einfach nur mehr Leute hin, es waren auch die „Richtigen“, die sich diesmal mobilisieren ließen.

Alle Kräfte der politischen Linken erzielten deutliche Stimmenzugewinne. Das Ergebnis müsste zumindest die überraschen, die meinen, die WählerInnen würden vorrangig zwischen den Wahlen zwischen den Parteien wandern.

Das tun aber nur vergleichsweise wenige WählerInnen. Demgegenüber spielen andere Wanderungsbewegungen eine viel größere Rolle. Konkret: Die Entscheidung zwischen der Wanderung ins Grüne und der Wanderung ins Wahllokal.

Verglichen mit der Bundestagswahl 2013 waren es immer noch weniger LINKE- und SPD-WählerInnen, die ihre Stimme abgaben. Aber verglichen mit früheren Kommunalwahlen waren es bei der SPD mit mehr als der Hälfte und bei der LINKEN mit mehr als Dreiviertel der BundestagswählerInnen eben doch recht viele. Die Grünen konnten sogar mehr WählerInnen mobilisieren als zur Bundestagswahl, allerdings war ihr Bundestags-Ergebnis auch besonders enttäuschend, ihr Stadtratsresultat ist ein Rekordergebnis.

Auch die vierte Kraft im linken Spektrum, die Piraten, schnitten besser ab, als es 2009 das ebenfalls eher linke Bürgerbündnis tat.

Demgegenüber erreicht die CDU nur die Hälfte(!) ihrer BundestagswählerInnen. Offensichtlich war ihrer Erfolgskampagne nicht sehr mobilisierend.

Das die Wahlkampagne der LINKEN trotz einiger Pannen recht erfolgreich war, lässt sich daran messen, dass DIE LINKE bei den SonntagswählerInnen ein besseres prozentuales Ergebnis erzielte als bei den BriefwählerInnen. (Zur Erläuterung: Briefwähler sind in der Regel disziplinierte (Stamm-) WählerInnen, während die SonntagswählerInnen eine Mischung aus StammwählerInnen und zusätzlich Mobilisierten sind.)

Eine wichtige Rolle für das Ergebnis spielten zweifellos auch die 108 StadtratskandidatInnen der LINKEN. Das Aufstellen „voller Listen“ war ja auch nicht unumstritten, die CDU glaubte,

darauf verzichten zu können. Doch es ist durchaus nicht so, dass alle Wähler automatisch die erstplatzierten KandidatInnen der Neunerliste wählen. Sicher, die Erstplatzierten haben natürlich immer die besten Aussichten und wurden ja auch alle zwölf gewählt. Dazu kamen drei Zweitplatzierte aus unseren stärksten Wahlkreisen. Bei den Erst- und Zweitplatzierten ist es sicher schwer, zwischen ParteiwählerInnen und PersonenwählerInnen zu unterscheiden, also zwischen denen, die sich erst für eine Partei und dann für einige konkrete Person entscheiden und denjenigen, denen die Partei egal ist, die einfach einen guten Bekannten oder eine Sympathieträgerin wählen. Nur 49% unserer Stimmen wurden durch die 15 Personen geholt, die letztlich im Stadtrat sitzen werden. Mehr als die Hälfte trugen diejenigen zum Ergebnis bei, die „nur“ auf dem Wahlzettel standen. Alle erhielten eine drei- oder vierstellige Stimmenzahl, ihnen gebührt besonderer Dank. Nun kann man zwar nicht sagen, wieviele WählerInnen ohne die Kandidatin oder den Kandidaten eine/n andere/n auf der Liste gewählt hätten, aber alle wären es sicher nicht. Und so verdanken wir den 93 „erfolglosen“ KandidatInnen vielleicht nicht die Hälfte der Plätze, aber ein oder zwei Mandate sicherlich.

Es übrigens eine Legende, dass es jetzt zum erstmal seit fast 25 Jahren eine solche rechnerische Mitte-Links-Mehrheit in Dresden gäbe. Im Gegenteil: Es gab sie in ähnlicher Form (statt Piraten 1994 Freie Wähler; 2004 Bürgerliste) aller zehn Jahre: 1994, 2004 und 2014. 1994 und 2004 blieben diese Mehrheiten politisch ungenutzt, wofür es unterschiedliche Gründe und Verantwortliche gab. Fünf Jahre später ging sie jeweils wieder an das „bürgerliche Lager“ verloren. Alle vier Parteien (DIE LINKE, GRÜNE, SPD und PIRATEN) sind gut beraten, etwas dafür zu tun, dass es 2019 anders wird.

## KOMMENTAR

# Genuschel am Sachsenplatz

von Uwe Schaarschmidt

Das Dresdner Amtsgericht, vor etwa zwei Jahren in den Anbau am Dresdner Landgericht umgezogen, ist ein modernes Haus. Große, helle Flure, alles barrierefrei und die Gerichtssäle sind mit moderner Kommunikations- und Vorführtechnik ausgestattet. Warum der vorsitzende Richter sein Mikrofon nicht benutzte? Nun - der Saal war nicht sehr groß, auch Staatsanwalt und Verteidigung verzichteten darauf und trugen gut hörbar vor. Allein Richter Frank Ponsold gab sich alle Mühe, so leise wie irgend möglich zu sprechen, so dass vor allen Dingen die älteren ZuschauerInnen kaum etwas verstanden, von dem, was er sagte. Schlimm war das nicht, denn er sagte nicht viel. Die herunter gemurmelte Routine machte die Urteilsverkündung denn auch von der Farce lediglich zur akustisch schwer verständlichen Farce. Jeder im Saal konnte spüren: Mit diesem Urteil im Kopf war Richter Nuschelbart schon am Vorabend zu Bett gegangen. Dass die Verteidigung glaubhaft erläuterte, dass man es bei Falk Neuberts Sitzblockade gegen den Naziaufmarsch im Februar 2011 mit einer Ordnungswidrigkeit, aber keineswegs mit einer Straftat zu tun habe, der Fall hier also gar nicht hingehöre, interessierte ihn nicht. Einzig bei der höhnischen Bemerkung gegenüber Neubert und dessen Verteidiger André Schollbach, dass im Falle einer Berufung wegen der geringen Geldstrafe von 1.500 Euro schon die Annahme des Rechtsmittels scheitern könne, kam ein wenig Leben ins Gesicht des Amtsrichters Ponsold und verriet die Genugtuung, die er mit seinem Urteil hier kaum dem Recht, sondern eher sich selbst verschafft hatte.



Mit Ralf Hron (DGB), Johannes Lichdi (MdL Grüne) Falk Neubert, André Schollbach, Margot Gaitzsch, Katja Kipping (v.l.)

Foto: Uwe Schaarschmidt

von Peter Rosse

Obwohl wahrscheinlich auch bei anderen Prozeßbeobachtern wie bei mir vor dem Urteilsspruch des Richters eine leise Hoffnung mitschwang, er könne auch unter dem Eindruck des Plädoyers des Verteidigers auf Freispruch entscheiden – am Ende stand das zu erwartende Urteil, das möglicherweise schon von vorher festgestanden hatte: Der Angeklagte Falk Neubert wird für seine Teilnahme an einer Sitzblockade gegen einen Naziaufmarsch verurteilt.

Enttäuschung bei mir und anderen in doppelter Hinsicht – über das Urteil

und über die Art, wie es „begründet“ wurde, nämlich fast gar nicht. Das hielt der Richter wohl nicht für nötig – er machte lieber einige Vor-, Neben- und andere persönliche Bemerkungen im Zusammenhang mit dem Prozess und dem Verhalten von Prozeßbeteiligten. Etwa so: „Gibt's nicht? -Gibt's nicht vor Gericht.“ Ich könnte meinen Eindruck von diesem Verfahren und seiner Führung durch den Richter auch mit diesem Spruch beschreiben.

Wie gesagt – ich bin juristischer Laie; die exakte Bewertung wird anderen an Hand

des schriftlichen Urteils obliegen. Für mich – wie vermutlich auch für andere ProzessbeobachterInnen – war deutlich geworden, dass nach Darstellung der Sachlage und des Verhaltens des „Angeklagten“ sowie nach der Erörterung der rechtlichen Bewertung dessen kein Straftatbestand vorlag und die Chance, ja die Pflicht zum Freispruch gegeben war. André Schollbach hatte als Verteidiger dafür viel geleistet – gekrönt durch ein Plädoyer, das durch Logik, Gründlichkeit und Beweiskraft beeindruckte. Aber es sollte nicht sein...

## Zwischen Selbstaubeutung und Selbstverwirklichung

# Das kreative Prekariat

von Magnus Hecht

Auch in Dresden wird seit einigen Jahren mit dem Begriff der Kultur- und Kreativwirtschaft hantiert, ohne jedoch neue Zugänge zum Thema zu finden. Die größeren Unternehmen dieser jungen Branche befinden sich sowieso „auf dem Schirm“ der Stadtverwaltung, z.B. der Wirtschaftsförderung. Die Solo-Selbstständigen und FreiberuflerInnen sind auch mit neuem Label einmal über, einmal unterhalb der Armutsgrenze anzufinden.

Der Begriff der Kreativwirtschaft wird allgemein als positiv gesehen, obwohl im Grunde prekäre Situationen verfestigt werden. Ein Bonmot geht so: Künstler zu sein, ist eine besonders charmante Art arm zu sein.

Wir wollen mit der Veranstaltung die Entmystifizierung der Kreativwirtschaft befördern und uns der Debatte mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Kulturbereich und aus der Kreativwirtschaft stellen.

Die Kreativen sind ein Geschenk für den Kapitalisten neuen Typs. Die Nutznießerinnen und Nutznießer des aktuellen

Wirtschaftssystems lachen sich nämlich ins Fäustchen, dass es eine immer größer werdende Anzahl an Leuten gibt, die für wenig Geld, rund um die Uhr, mit großem Enthusiasmus – oder sogar Spaß an der Sache – urheberisch tätig werden. Genauso soll er aussehen der Prototyp eines Arbeiters im postindustriellen Kapitalismus. Und dazu kommt, die Kreativen sind maximal unorganisiert und können ihren Auftraggebern nicht gemeinsam entgegen treten.

Trotzdem möchte auch DIE LINKE Instrumente finden und Wege eröffnen, die Kultur- und Kreativwirtschaft zu unterstützen. Gerade in einer Kulturstadt wie Dresden ergibt sich so die Möglichkeit spezieller, linker Wirtschaftspolitik. Nur muss eben noch ein wenig (Selbst-)Erkenntnis und Nüchternheit einkehren. Dazu wollen wir mit dieser Veranstaltung beitragen. Alle KünstlerInnen und Kreativen sind herzlich dazu eingeladen.

Für die Veranstaltung wurde Dr. Alexandra Manske für einen Vortrag eingeladen. Sie ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin und arbeitet am



Foto: Dieter Schütz, pixelio.de

Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. Ihr Forschungsgebiete sind unter anderem die Situation von KünstlerInnen und Kreativen, sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft. Diese hat sie in Berlin untersucht und dazu veröffentlicht.

Nach dem Vortrag findet unter der Moderation von Jayne-Ann Igel eine Diskussion mit dem geeigneten Publikum statt.

Die Veranstalterin ist die LAG Kultur Sachsen der Partei DIE LINKE zusammen mit der Initiative „Kulturschaffende Linke Dresden“ - Für Rotwein ist gesorgt

**Kreatives Prekariat – zwischen Selbstaubeutung und Selbstverwirklichung**

10. Juli | 18:30 Uhr

Nikkifaktur

Löbnitzstraße 14

03

Annekatriin Klepsch  
**Das Ringen um  
 öffentlichen Raum  
 in Dresden**

03

Andreas Naumann  
**Die Wahlen zum  
 Ausländerbeirats**

04

Stellenausschreibungen  
**Geschäftsführer/in  
 Referent/in gesucht**

06  
 14

# DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



J u n i 2 0 1 4

# Signale aus Dresden

Nach der erfolgreichen Kommunalwahl hat sich die Fraktion DIE LINKE konstituiert und erste wesentliche Entscheidungen getroffen. Der Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach wurde ohne Gegenstimmen erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der 35-jährige Jurist steht bereits seit dem Jahr 2007 an der Spitze der LINKEN im Dresdner Stadtrat. Max Kretzschmar sprach mit ihm über die veränderten politischen Verhältnisse in der sächsischen Landeshauptstadt.

*In Dresden hat DIE LINKE bei der Kommunalwahl deutlich zugelegt, während die CDU Verluste hinnehmen musste. Was bedeutet dieses Wahlergebnis für die Stadt?*

Wir haben es geschafft, drei Mandate hinzuzugewinnen. Gleichzeitig hat die CDU ihr schwächstes Ergebnis bei einer Stadtratswahl seit 1990 erhalten. Nach einem Vierteljahrhundert CDU-Dominanz in Dresden besteht nun die Möglichkeit der Bildung einer Ratsmehrheit jenseits der CDU. Damit ist das Wahlergebnis ein für uns anspruchsvolles. Denn mit den neuen Verhältnissen im Stadtrat ist eine größere Verantwortung für DIE LINKE verbunden. Wir haben nun die Aufgabe und die Möglichkeit aktiv zu gestalten. Dazu gehört es, sowohl Fehlentwicklungen der bisherigen Ratsmehrheit zu korrigieren, als auch neue Impulse zu setzen. Gegenwärtig führen wir Gespräche mit den Grünen und der SPD. Unser Ziel ist die Bildung einer fortschrittlichen Gestaltungsmehrheit im Dresdner Stadtrat.

*Wie ist der Stand dieser Gespräche und wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?*

Da wir uns mitten in den Verhandlungen befinden, bitte ich um Verständnis, dass dazu keine Wasserstandsmeldungen abgegeben werden. Insgesamt bin ich optimistisch, dass wir zu einer vernünftigen Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit gelangen werden. Denn in wesentlichen Fragen bestehen erkennbar inhaltliche Schnittmengen. Es gibt erfahrene Ratsmitglieder bei LINKEN, Grünen und SPD, die bereits in einigen wichtigen Fragen erfolgreich zusammengearbeitet haben. Wir wollen jetzt aber keine Schnellschüsse produzieren, die dann später zu eigentlich vermeidbaren Problemen führen. Die Verhandlungen werden deshalb noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

*Hat das Wahlergebnis eine Bedeutung über die Stadt hinaus?*



Von Dresden als sächsischer Landeshauptstadt kann eine politische Signalwirkung für weitergehende Veränderungen ausgehen. Auch aus diesem Umstand ergibt sich eine besondere Verantwortung, die sich aus dem Wahlergebnis ergebenden Möglichkeiten zu nutzen. Viele Menschen setzen Hoffnungen in uns, die dürfen wir nicht enttäuschen.

*DIE LINKE hat nicht erst im Wahlkampf das Thema des bezahlbaren Wohnens in den Mittelpunkt gestellt. Haben die anderen Parteien, insbesondere die CDU, die Relevanz dieses Themas unterschätzt?*

*CDU und FDP warnen aufgeregt vor einer Neuverschuldung der Stadt durch Rot-Rot-Grün. Was sagt DIE LINKE dazu?*

Dresden ist schon jetzt nicht schuldenfrei. Notwendige Ausgaben wurden unter der Ägide der CDU in städtische Gesellschaften ausgelagert, die dann ihrerseits Kredite dafür aufnehmen mussten. Die Stadt bürgt wiederum für diese Kredite in Höhe von 650 Millionen Euro und ist damit in der Haftung. Nur soviel zur angeblichen Schuldenfreiheit. Wir werden mit den städtischen Finanzen selbstverständlich vernünftig umgehen. Dazu gehört, dass keine Kredite aufgenommen werden, um das Geld zu verfrühstücken und laufende Kosten zu finanzieren. Hingegen ist bei größeren Investitionen zu prüfen, inwieweit eine Kreditfinanzierung angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase wirtschaftlich sinnvoll ist. Übrigens: Fast jeder private Häuslebauer und die meisten Unternehmen finanzieren Investitionen, die sich nachhaltig auszahlen und lange Wirkung entfalten, mit Krediten.

*Nach der Kommunalwahl gibt es zwar neue politische Verhältnisse im Stadtrat, aber die Verwaltungsspitze wird noch bis zum Sommer 2015 CDU-dominiert sein. Was bedeutet das für die Entscheidungsprozesse?*

Von Oberbürgermeisterin Helma Orosz und den Beigeordneten erwarten wir, dass sie den Wählerwillen achten, die neuen Verhältnisse im Stadtrat respektieren und uns weder Stöckchen noch Steine in den Weg legen. Im Interesse der Entwicklung Dresdens ist es geboten, dass die Entscheidungen des neu gewählten Stadtrates ordnungsgemäß umgesetzt und nicht behindert werden. Es wäre wünschenswert, ein sachliches und an Sachfragen orientiertes Arbeitsverhältnis zu pflegen. Dazu reiche ich der Oberbürgermeisterin die Hand.

Die steigenden Mieten sind ein zentrales politisches Thema in Dresden. Die Wohnkosten sind nicht nur für Geringverdiener ein Problem, sondern zunehmend auch für die Mittelschicht. Durch Fehlentscheidungen der konservativen Stadtratsmehrheit wurden in den vergangenen zehn Jahren 8.000 Wohnungen abgerissen. Der Freistaat Sachsen hat zudem jahrelang den Abriss von Wohnraum mit Steuergeldern subventioniert. Die CDU hat damit Politik im Interesse der Miethaie gemacht. Anschließend predigte sie, die private Immobilienwirtschaft werde das Problem der steigenden Mieten lösen. Für diese falsche Politik hat sie nun die Quittung bekommen.

# Wir wollen gestalten



Foto: Max Kretschmar

15 Stadträtinnen und Stadträte gehören der neuen Fraktion an

Zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 konnte DIE LINKE in der sächsischen Landeshauptstadt 20,9 Prozent und damit 15 Mandate (2009: 12 Mandate) erringen. Somit ist die Partei erneut zweitstärkste Kraft geworden, konnte den Abstand zur CDU deutlich verringern und hat wesentlich dazu beigetragen, dass nun die Bildung einer Rats-

mehrheit jenseits der CDU möglich ist. DIE LINKE nimmt ihre sich aus dem Wahlergebnis ergebende gestiegene Verantwortung ernst. Deshalb wurden in den vergangenen Tagen bereits erste Gespräche mit Grünen, SPD und Piraten mit dem Ziel der Bildung einer fortschrittlichen Gestaltungsmehrheit im Dresdner Stadtrat geführt.

Am 03. Juni hat sich die Fraktion DIE LINKE konstituiert und erste wesentliche Entscheidungen getroffen. Der Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach wurde ohne Gegenstimmen erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der 35-jährige Jurist steht bereits seit dem Jahr 2007 an der Spitze der Fraktion DIE LINKE. Zur stellver-

tretenden Fraktionsvorsitzenden wurde ebenfalls ohne Gegenstimmen Dr. Margot Gaitzsch gewählt. Die 60-jährige Dozentin übte dieses Amt bereits in der vergangenen Wahlperiode aus. Als weitere Mitglieder des Fraktionsvorstands wurden Dr. Kris Kaufmann (37), „Neu-Stadträtin“ Kerstin Wagner (35) und Tilo Kießling (43) gewählt.

## Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Gompitz Motive und Bedingungen im Ehrenamt

Das ist typisch Gompitz. Auch in der Juni-Sitzung „volles Haus“: Es sind wohl 30 Besucherinnen und Besucher zur Ortschaftsratssitzung gekommen. Und sie bleiben bis zum Schluss. Und sie nehmen wie selbstverständlich an der Debatte teil. Und ihre Anliegen bilden den ersten Tagesordnungspunkt.

Sofort schält sich ein aktuelles Hauptthema heraus. Es werden Beobachtungen und Folgen des Starkregens in den vergangenen Tagen benannt: Aus Steinbach, Unkersdorf, Kaufbach, an der Podemuser Straße, am Reiterhof „Karpriole“, an der Ockerwitzer Allee... Man kennt sich aus, die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte haben sofort ein aktuelles Lagebild. Das hängt dann ganz natürlich zusammen mit einem späteren Thema: Der städtischen Analyse zu den Hochwasserereignissen 2013. Da übt man sogar „Selbstkritik“. Ursprünglich hatten manche in Gompitz die Pläne und dann die realen Bauten von Rückhaltebecken skeptisch gesehen, weil überdimensioniert. Nun die Erfahrung: Beim Starkregen haben sie gut funktioniert.

Diese Beratung des Gompitzer Ortschaftsrates ist stark vom Thema Ehrenamt geprägt. Und schon der erste Teil zeigt: Wo BürgerInnen das Gefühl haben, dass es um die eigenen Angelegenheiten geht, engagieren sie sich, auch z.B. mit dem abendlichen Besuch und dem „Mitmachen“ im Ortschaftsrat.

Ein gesonderter Tagesordnungspunkt befasst sich mit dem städtischen „Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“. Die Sprecherin des Bildungsbüros erläutert, dass gemeinsam mit etwa 30 Experten und mit



Foto: Rolf Kühnast, pixelio.de

aktiver Bürgerbeteiligung nun nach jahrelangen Vorstößen und Ansätzen ein umfassendes Projekt entwickelt worden ist, mit dem die Vielfalt der ehrenamtlichen Arbeit und die Vielzahl von Vereinen, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern erfasst, gefördert und gewürdigt werden sollen. Auch mehr Geld wird dafür nötig sein: Ein Punkt für den nächsten Doppelhaushalt. Z. B. für mehr Ehrenamtspässe, deren Zahl in diesem Jahr auf 2.500 steigt und die gewiß noch mehr Dresdnerinnen und Dresdner verdienen. Ein Schwerpunkt ist die Information aller Interessierten und Beteiligten. Ein Netzwerk entsteht, im wörtlichen Sinne im Internet unter „dresden.de/engagiert-in-dresden“ für jedermann zugänglich und nutzbar. Die Ortschaftsräte und Gompitzer Bürgerinnen und Bürger interessier-

ten sich dafür, wer berechtigt ist, einen Ehrenamtspass zu erhalten, wer dazu jemand vorschlagen kann, welche Vereine mitmachen dürfen usw. Intensiv besprochen wurden auch Vesicherungsfragen in ehrenamtlicher Tätigkeit. Kurzum: Deutlich wurde, dass für breites ehrenamtliches Mitwirken auch Organisation, gute Bedingungen, Würdigung und auch Finanzen gesichert sein müssen.

Dann brachte ein „Millionär“ eine These zum Thema Ehrenamt und Geld ein. Der Chef der Städtischen Bibliotheken verwies mit Stolz auf 5,6 Millionen Ausleihen im Jahr: Eine Zahl, die ansonsten nur Millionenstädte erreichen. Und er behauptete anhand eigener Erfahrungen mit Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, die übrigens wesentlich zum genannten Millionenerfolg beitragen: Es sind vor allem Emotionen, die motivieren:

„Wir machen was Gutes.“, „Wir haben dadurch neues Leben und neue Freunde gefunden.“ Das sagen z. B. Bürgerinnen und Bürger, die sich als Vorleser im Projekt Leseförderung beteiligen oder als Hausdienst Bücher zu Menschen bringen, die nicht selbst in die Bibliothek kommen können. Und immer wieder beeindruckt der Bibliothekschef mit der Mitteilung, dass es in Dresden sogar Wartelisten für diese Ehrenämter gibt. Wobei er betont, dass die Bedingungen dafür natürlich professionell geschaffen werden müssen. In der Diskussion erlebt man ein Beispiel: Eine Bürgerin schildert ihre eigenen besten Erfahrungen mit ihren Kindern und aus der Schule mit der Aktion Lesestark. Nun würde sie auch gern Vorleserin werden. Prof. Flemming freut sich und weist den Weg. Eine Ortschaftsrätin wirft ein, ob sie sich denn nicht fürs Vorlesen u.ä. im Gompitzer Seniorenkreis erwärmen könne. Vielleicht wird's ein neues Ehrenamt in der Ortschaft.

Zum Schluss. Die Legislaturperiode geht zu Ende. Für manche Ortsbeirätinnen und OrtschaftsrätInnen bedeutet das auch Ausscheiden aus dem Ehrenamt. In Gompitz betrifft das z. B. Rainer Kürbis, der dort DIE LINKE viele Jahre vertreten hat. Mit welcher Haltung verdeutlicht auch dies: Der Ortsvorsteher fragt, ob er trotzdem den Ortschaftsrat noch einmal auf einer städtischen Beratung zum Radwegeplan vertreten werde. Selbstverständlich macht er das; gerade auch zu diesem Thema hat er jahrelang erfolgreich in der Ortschaft gewirkt.

Peter Rosse

Possenspiel statt Straßenmusik

# Das Ringen um den öffentlichen Raum in Dresden

von Annekätrin Klepsch

Die Stadt Dresden und ihre RepräsentantInnen verweisen gern und oft auf die Bedeutung als Stadt der Musik, angesichts der Institutionen Philharmonie, Staatskapelle, Musikfestspiele, Dixieland, Musikhochschule und zahlreicher Profi- und Laienchöre zu Recht. Bevor jedoch Richard Wagner in Dresden dirigierte, Ludwig Güttler trompetete oder Carl-Maria von Weber komponierte und das Bürgertum musikalisch erbaute, gab es Straßenmusik. Die Geschichte der Straßenmusik ist auch eine kulturelle Straßengeschichte und in Dresden mindestens so alt wie der fast 800-jährige Kreuzchor. Fahrende Sänger und Spielleute waren die Vorläufer der Theater, der Zeitung und des Radios. Kulturhistorisch betrachtet ist Straßenmusik auch eine Form der Volkskultur, jedem zugänglich, da im öffentlichen Raum stattfindend und im direkten Austausch mit den RezipientInnen, die bestenfalls gehen, wenn sie des Dargebotenen überdrüssig sind.

Straßenmusik wird von Menschen gemacht, die keine geregelte Anstellung als MusikerInnen haben, die sich und ihr Instrument mitunter ausprobieren wollen oder die schlicht auf die Groschen



Foto: woti61, pixelio.de

der PassantInnen angewiesen sind, weil sie beispielsweise noch studieren.

Bis zum vergangenen Jahr fristete die Straßenmusik in der kulturpolitischen Betrachtung der Stadt ein Nischendasein, war mehr oder weniger geduldet und ist formal immer noch Angelegenheit der Straßenverkehrsbehörde des Straßen- und Tiefbauamtes. Dieses sah sich aufgrund von Beschwerden genötigt zu reagieren und einer vermeintlich ausufernden Straßenmusik Einhaltung zu gebieten. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass die Straßenverkehrsbehörde bundesweit recherchiert, wie andere Großstädte die Straßenmusik re-

geln und sich für das Beispiel München mit sehr rigiden Regeln entschieden hat.

Herausgekommen ist ein Regelkatalog, der den bürokratischen Aufwand für die Verwaltung und die StraßenmusikerInnen erhöht. Laute Instrumente sind von vornherein verboten. Nur mit einer Sondernutzungs Erlaubnis, die im Straßen- und Tiefbauamt gegen eine Gebühr von 5 Euro für denselben Tag erhältlich ist, darf pro MusikerIn zwei Mal pro Woche in der Innenstadt an ausschließlich sieben bestimmten Plätzen musiziert werden. Im Zeitraum 1. November bis Anfang Januar soll Straßenmusik gleich ganz verboten werden, offenbar damit

die allseitige öffentliche Beschallung mit Weihnachtsschlagern von diversen Weihnachtsmärkten nicht beeinträchtigt wird.

Dass die Zulassung von Straßenmusik zu bestimmten Tageszeiten oder an sensiblen Orten wie Wohnvierteln einer Regelung bedarf und eine Angelegenheit des Schutz vor Lärm ist, ist evident. Anstatt jedoch nach praktikablen Lösungen zu suchen, die Straßenmusik in künstlerischer Vielfalt ermöglichen, reagiert die Dresdner Verwaltung repressiv. Sich Dresdens Partnerstadt Hamburg als Beispiel zu nehmen, hätte gelohnt. In Hamburg sind nämlich leise Instrumente grundsätzlich und ohne Genehmigung und Gebühr erlaubt und nur für laute Instrumente – die Dresden ganz verbieten will – ist eine Erlaubnis notwendig.

Der Kulturausschuss des Stadtrates hat in seiner Juni-Beratung die Verwaltung „Zurück auf Los!“ geschickt, denn es droht aus dem Vorgang eine Provinzposse zu werden. Statt rigoroser Begrenzung sollte die Verwaltung nach weiteren geeigneten Plätzen suchen, die viele Fußgänger, jedoch kaum Anwohner aufzuweisen haben, beispielsweise die Augustusbrücke oder das Terrassenufer.

annekatrin.klepsch@dielinke-dresden.de

Ausländerbeirat und Ausländerbeiratswahlen

## Die Wahlen zum Ausländerbeirat

von Andreas Naumann

Parallel und fast unbemerkt fand in Dresden am 25.5.2014 neben der Kommunal- und Europawahl eine weitere Wahl statt: Jene zum Dresdner Ausländerbeirat. In vier Wahllokalen gab es zusätzliche Wahlräume für alle in Dresden lebenden Ausländerinnen und Ausländer, weil sie nicht wie Bürgerinnen und Bürger mit deutschem Pass wählen dürfen. Manche von ihnen leben schon seit vor der Wende in Dresden, zahlen Steuern, haben aber kein Wahlrecht.

An der diesjährigen Ausländerbeiratswahl haben sich zehn Prozent der hier lebenden Migrantinnen und Migranten beteiligt und aus den 40 KandidatInnen elf Beiratsmitglieder gewählt. Das ist eine Steigerung der Wahlbeteiligung um ein Prozent. Einige der „alten“ Mitglieder sind nicht mehr angetreten oder wurde nicht wiedergewählt, so dass etwa die Hälfte des Beirats mit neuen Mitgliedern besetzt ist. Nachdem in der noch bestehenden Wahlperiode nur eine Frau in diesem Gremium saß, hat sich ihr Anteil nun wenigstens auf zwei Frauen erhöht. Vor ihnen und den neun gewählten Stadträtinnen und Stadträten steht in den kommenden fünf Jahren die nicht leichte Aufgabe, die Integration hier lebender ausländischer Menschen so um-

zusetzen, dass sie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spürbar ist. Hier stehen wir immer noch am Anfang. Es muss die Frage nach den Asylunterkünften neu behandelt werden, weil auf die Stadt eine viel größere Anzahl Flüchtlinge zukommt, als es bisher der Fall war. Dies angesichts des weniger werdenden Wohnraums. Das Verhältnis zwischen Stadt und Land muss in der Ausländerpolitik auf die Tagesordnung. Und neben vielen operativen Themen steht der Ausländerbeirat vor der Diskussion und Lösung der Besserbehandlung der reichen ausländischen MitbürgerInnen und der Schlechterbehandlung der armen Migrantinnen und Migranten.

Ausländerbeiräte sind im Prozess der gesellschaftlichen „Umwälzungen“ in der BRD seit 1973 entstanden und existieren heute in unterschiedlichen Varianten in rund 500 deutschen Gemeinden. Einige Bundesländer schreiben dieses politische Gremium für Orte ab 5.000 EinwohnerInnen sogar gesetzlich vor. In Sachsen räumt die Landesgemeindeordnung die Einrichtung eines solchen Beirates auf freiwilliger Basis ein. Davon haben seit der Wende nur vier Kommunen gebrauch gemacht. Der erste sächsische Ausländerbeirat wur-



Foto: Rike, pixelio.de

de schon zu Beginn der 1990er Jahre in Zittau gebildet. Es folgte Mitte der 90er Jahre der von Dresden und erst viele Jahre später die Beiräte in Chemnitz und Leipzig. Die Besonderheit des Dresdner Ausländerbeirats ist, dass er nach hartem Kampf mit der Verwaltung von Anfang an gewählt wurde. Die Zusammensetzung der Beiräte in den anderen drei Kommunen wurde von den jeweiligen Stadtverwaltungen bestimmt.

Wie in fast allen anderen Bundesländern bemühen sich die sächsischen Ausländerbeiräte seit Jahren um ein analoges Gremium auf Landesebene. Bisher ohne großen Erfolg. Nach den Landtagswahlen im August 2014 werden diese Forderungen wieder neu gestellt.

andreas.naumann@dielinke-dresden.de

Wir suchen für die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat zur Verstärkung unseres Teams zum 5. September 2014

### eine/-n Fraktionsgeschäftsführerin/-geschäftsführer

in Vollzeit (40 Wochenstunden).

#### Zu Ihren Aufgaben gehören u.a.:

- Organisation des Geschäftsstellenbetriebs der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Verwaltungsaufgaben der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Konzeption und organisatorische Begleitung von Veranstaltungen und Tagungen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- administrative, organisatorische und inhaltliche Unterstützung der Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Buchhaltung der Finanzen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat
- Koordination der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und anderen Ratsfraktionen

#### Von der Bewerberin/dem Bewerber erwarten wir:

- abgeschlossenes Universitätsstudium
- großes Interesse an Kommunalpolitik
- Personalführungskompetenz
- organisatorische und konzeptionelle Fähigkeiten
- einen kommunikativen und teamorientierten Arbeitsstil
- sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, verbunden mit einem sicheren, verbindlichen Auftreten
- Erfahrung in Verwaltung, Politik und in der Öffentlichkeitsarbeit
- Politisches Denken und die Bereitschaft, die Politik der LINKEN zu vertreten
- die Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeitgestaltung, hohe Motivation und Eigeninitiative
- einen sicheren Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken

Eine Identifikation mit den politischen Zielen der Fraktion DIE LINKE. wird vorausgesetzt.

#### Geboten werden:

- ein befristetes Beschäftigungsverhältnis für die Wahlperiode 2014 - 2019;
- eine Vollzeitstelle mit regelmäßiger Wochenarbeitszeit von 40 Stunden
- Vergütung nach TVöD

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil in Funktionsebenen, in denen diese unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Des Weiteren möchte die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat Interessentinnen und Interessenten mit Migrationshintergrund besonders zur Bewerbung ermutigen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb Bewerbungen schwerbehinderter Menschen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden nach Maßgabe des SGB IX bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen richten Sie bitte per E-Mail bis spätestens 18. Juni 2014 (24:00 Uhr) an:

[linke-fraktion@dresden.de](mailto:linke-fraktion@dresden.de)

Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat

Dr. Külz-Ring 19

01067 Dresden

Wir suchen für die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat zur Verstärkung unseres Teams zum 5. September 2014

### eine/-n Referent/in

in Vollzeit (40 Wochenstunden).

#### Zu Ihren Aufgaben gehören u.a.:

- Verwaltungsaufgaben der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- organisatorische Begleitung von Veranstaltungen und Tagungen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- administrative Unterstützung der Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Buchhaltung der Finanzen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat

#### Von der Bewerberin/dem Bewerber erwarten wir:

- mindestens abgeschlossenes Fachhochschulstudium
- organisatorische Fähigkeiten
- Bereitschaft zum selbstständigen weisungsgebundenen Arbeiten
- einen kommunikativen und teamorientierten Arbeitsstil
- Erfahrung in Verwaltung und Politik
- großes Interesse an Kommunalpolitik
- die Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeitgestaltung, hohe Motivation und Eigeninitiative
- einen sicheren Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken

Eine Identifikation mit den politischen Zielen der Fraktion DIE LINKE. wird vorausgesetzt.

#### Geboten werden:

- ein befristetes Beschäftigungsverhältnis für die Wahlperiode 2014 - 2019;
- eine Vollzeitstelle mit regelmäßiger Wochenarbeitszeit von 40 Stunden
- Vergütung nach TVöD

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil in Funktionsebenen, in denen diese unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Des Weiteren möchte die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat Interessentinnen und Interessenten mit Migrationshintergrund besonders zur Bewerbung ermutigen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb Bewerbungen schwerbehinderter Menschen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden nach Maßgabe des SGB IX bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen richten Sie bitte per E-Mail bis spätestens 18. Juni 2014 (24:00 Uhr) an:

[linke-fraktion@dresden.de](mailto:linke-fraktion@dresden.de)

Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat

Dr. Külz-Ring 19

01067 Dresden



Ein paar anstrengende Wochen liegen hinter uns. Der Wahlkampf hat uns alle ganz schön ausgelaugt: plakatieren, Flyer verteilen, Wahlstände betreuen. In dieser Ausgabe wollen wir euch mal präsentieren, was wir, die Linksjugend Dresden, im Wahlkampf so getrieben haben und euch unsere „alternativen“ Wahlkampfstände präsentieren. Vielleicht fühlen sich ein paar von euch „inspiriert“ ;-)

## Mit der Pritsche durch die Stadt

von Torsten Bittermann

Am Vormittag des Vortages zur Kommunal- und Europawahl war es soweit. Die Technik ist befestigt und abgestimmt, die Instrumente geschultert. Der Weg führt nach Prohlis zum Albert-Wolf-Platz zu den Pustebäumen. Es fahren drei Fahrzeuge vor, innerhalb weniger Minuten ist alles aufgebaut und eine Ansprache erklingt: „Dies ist eine Infoveranstaltung der Linksjugend Dresden in Zusammenarbeit der Dresdner Punkrockbands Pro-Kontra und Die Kotschauer unter dem Motto „Freiräume aneignen!“ um auf die Zunehmende Gentrifizierung und damit steigender Mieten in der Stadt hinzuweisen.“ Doch diese Entwicklung ist nicht nur im Bereich Wohnen zu vermerken, auch Freiräume und alternative bzw. soziokulturelle Räume deren Schaffen sich nicht der materiellen Verwertbarkeit beugen will, sind bedroht. Die Rede ist insbesondere vom Freiraum Elbtal e.V. Das Projekt Hafen-City wird zwar nicht weiter vorangetrieben, jedoch läuft aufgrund dieser früheren Planungen der Pachtvertrag des Freiraum Elbtal e.V.



aus. Auch andere Freiräume befinden sich in ständigen Abwehrkämpfen ob der kapitalistischen Verwertbarkeit von Kunst und Kultur. Nach 20min feinstem Schrammelpunk ist alles vorbei. Genauso schnell wie der Aufbau ist von nichts mehr eine Spur. Es geht weiter zum Hauptbahnhof Eingang Prager Straße. Es sind mehr Menschen unterwegs. Sie

bleiben stehen und hören zu und wippen mit. Wir gehen Gespräche ein. Weiter am Dr. Külz-Ring ist es richtig toll. Noch mehr Menschen und wir bauen uns direkt neben einem Grünen-Infostand auf. Wir tauschen Kurzwahlprogramme, doch verstecken sie sofort nicht sichtbar ;) Die Leute vom Freie Wähler-Stand in einiger Entfernung sind „not amused“,

aber wir hören sie nicht. Wir bringen Material von DIE LINKE Dresden Europa, Linksjugend und Pfingstcamp unter die Leute. Ältere Menschen kommen auf uns zu und Unterschriften das Begehren für einen kommunalen Wohnungsbau in Dresden. Eine halbe Stunde mischen die Bands die Umgebung auf. Danach verläuft alles ganz schnell. Abgebaut, rein in die Fahrzeuge, ab in die Neustadt. Glück gehabt, gerade fängt es an zu regnen. Die Grünen packen auch. Wir sind in der Neuse und machen eine Verschnaufpause. Die Bands ziehen ein erstes Resümee, zum ersten mal zusammen auf Tour – geil. Leider regnet es sich ein und wir fahren zum HdB in den Roten Baum – mehr Zeit um gemütlich den Abend für die Party vorzubereiten. Es geht gut ab, Pro-Kontra ist noch lange nicht müde und legt vor. Danach spielte noch Teppichbodendisco und erhöhte den Sauerstoffverbrauch im Raum. Nach dieser langen Nacht ruhig schlafen und zwischen Aufräumen und Wahlparty im HdB wählen gehen...

## Erinnerung eines viel zu alten Linksjugendlichen

von Marcus Friese

Ich glaube der erste wirklich warme Tag in diesem Jahr war der 1. Mai. DIE LINKE.Dresden hatte zum Brunch in den Alaunpark geladen, da durfte die Linksjugend nicht fehlen. Aber ich schon. Einer muss ja den Kaffee kochen. Und so saß ich zuerst etwas gelangweilt in der WIR AG. Nach anfänglich kollektiv veganer Essenszubereitung hatten sich alle Anderen in den Alaunpark verkrümel. Mir wurde die Aufgabe zuteil die 6 restlichen Kaffeekannen zu befüllen. Na wenigstens regnete es etwas. Nach einer ¾ Stunde erinnerte man sich an mich bzw. der Kaffee ging zur Neige. Magnus kam mit dem Lastenfahrzeug vorbei. Eine Kanne blieb übrig. Mit ihr im Rucksack machte ich mich auf die Reise in den Alaunpark. Da angekommen gesellte ich mich an den Bierstand von Magnus. Und gleich mal ein Bier gekostet. Lecker. Ich sah mich um. Ein buntes Treiben. Viele bekannte Gesichter. Katja und Conni hielten jeweils eine Rede. Ich war eine Weile in das Treiben am Stand vertieft. Mit der Zeit klarte der Himmel mehr und mehr auf und wir machten es uns hinter dem Stand auf dem Boden bequem und plauderten über Gott, die Welt und den noch laufenden Wahlkampf. Unvermittelt setzte sich ein Mitzwanziger neben mich und brabbelte etwas Unverständliches. Wie jetzt. Nach mehreren Dialogversuchen stellte ich fest, dass der Kollege mit ziemlicher Sicherheit die Nacht durchgemacht hatte. Eine Konversation hätte hier nur noch bedingt Sinn gemacht. Ich kommunizierte nonverbal und reichte ihm mein Bier. Er freute sich. Geht doch. Der Brunch neigte sich langsam seinem Ende zu und verschiedene Beteiligte gingen oder machten es sich um das Brunchgelände im Park gemütlich.

Die Linksjugend hatte es sich in einem großen Kreis, mit einigen Bierflaschen auf dem Alaunplatz breit gemacht und repräsentierte harmonische Kollektivität. Bis auf einen (harmlosen) Neustadtchaoten, bei dem irgendwann die Tassen im Schrank zu tanzen begonnen hatten, verwirrte hier keiner den Anderen und wir quatschten uns in Richtung Brunchende. Aber wie unserer jüngerer Max mal gesagt: „Ein Unterschied zwischen uns und anderen Parteien ist, dass wir niemanden wegschicken.“ (Außer Nazis...). Schließlich bauten wir zusammen mit Magnus den Stand ab und ich transportierte mit Joel den noch aktiven Grill in Richtung WIR AG. Dort angekommen verwarfen wir die Idee ihn in der Küche zu löschen und setzten uns samt Grill auf den Martin-Luther-Platz. Ein paar weitere Linksjugendliche trudelten ein. Es war bereits Nachmittag geworden. Wir räumten unsere sieben Sachen auf und landeten schließlich in der Bar Holda. Was wir dort taten? Möglicherweise eine Auswertung bei Bier über den Tag. Muss auch mal sein.



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG  
E-Mail: [info@linksjugend-dresden.de](mailto:info@linksjugend-dresden.de)  
Im Netz: [www.linksjugend-dresden.de](http://www.linksjugend-dresden.de)

## Wohnen unter der Alberbrücke

von Katarina Tömpelhöfer



Dass in Dresden die Wohnungen knapp und immer teurer werden, wissen alle. Eine neue Wohnung zu finden scheint besonders für junge Menschen schier unmöglich: Wie Sie sind nicht festangestellt? Sie sind noch so jung? Auf Party-Studenten haben wir keine Lust. Eine WG? Auf keinen Fall!!!

Um auf das Problem aufmerksam zu machen, haben wir am 17. Mai eine kleine Wohnung unter der Alberbrücke eingerichtet. Schlafeccke, Esstisch, Computer, alles vorhanden. Genauso wie unser geliebtes Lastenfahrzeug. Musik und Unterhaltung war zudem durch unseren Makler vorhanden, der beistehenden unsere Wohnungen schmackhaft machte.

Einige waren ganz begeistert, einige lachten herzlich. Und manche nahmen alles sehr ernst und fanden es überhaupt nicht lustig, dass wir Wohnungen einfach so verkaufen würden. Das Werbevideo, für weitere Nachbarn, ist zudem bei youtube zu betrachten: [www.youtube.com/watch?v=IXX3zcMSTv4](http://www.youtube.com/watch?v=IXX3zcMSTv4)

Wir hatten jedenfalls eine Menge Spaß und konnten augenscheinlich doch einige Leute zum nachdenken anregen: warum haben wir diesen Zustand in Dresden? Wie können wir das ändern? Richtig: am 25.05. Die LINKE wählen, das kommunale Wohnbegehren unterstützen! Wir hoffen, dass es noch mehr Leute erreichen wird. Ansonsten wohnen wir wohl bald wirklich unter der Albertbrücke 1...



## JUNI

13 — 16

**Bunte Republik Neustadt (BRN)**

in und vor der Wir AG, mit bunten Ständen, Informationsmaterial, Aktionen, Talk, Popcorn, Zuckerwatte und Brause, Bowle, afrikanischen Spezialitäten und -Klängen und am Sonntag 15.06. ab 11.00 Uhr veganer Brunch

Wir AG | Martin-Luther-Straße 21

**17 Fraktionssitzung**

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

**18 Kriegsbriefe zweier jüdischer Brüder im ersten Weltkrieg – Widerspiegelung im Widerstreit**

Vortrag und Diskussion mit Dr. Ralf Hoffrogge, Historiker, Berlin, eine gemeinsame Veranstaltung des HATIKVA e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

**19 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Kulturrathaus | Königstraße 15

**22 DIE LINKE zum Westhangfest**

Kaffee, Käsekuchen, Kamelreiten und Musik. 11 bis 18 Uhr | Höhenpromenade Gorbitz (in Höhe „Räder Reichelt“ Leutewitzer Ring 17)

Wir nehmen Abschied von unserem Genossen

Hans Stieler

13.12.1924 21.05.2014

Wir werden sein Andenken bewahren.

Genossinnen und Genossen der BO 30/31

Wir trauern um unsere Genossin  
**Renate Friedemann**

Sie verstarb am 28.05. 2014  
im Alter von 90 Jahren.

Wir ehren ihr Andenken.

Genossinnen und Genossen  
des OV Leuben, BO Laubegast

Wir trauern um unseren  
Genossen

Alfons Berges

Er verstarb am 19.05. 2014 im  
94. Lebensjahr  
Wir werden ihm stets ein ehrendes  
Gedenken bewahren.

Genossinnen und Genossen der  
BO Blasewitz

**24 REIHE: Rosas Nachmittagskolleg Schreib nur nicht zu gallicht und gereizt'- zum 200. Geburtstag von Jenny Marx**

zum 200. Geburtstag von Jenny Marx Mit Prof. Dr. Manfred Neuhaus, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

15 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**REIHE: JUNGE ROSA Prostitution - Was bringt ein Verbot?**

mit Dr. Cornelia Ernst, MdEP  
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**25 Der 1. Weltkrieg und die Linken**

Vortrag und Diskussion mit Stefan Bollinger, Historiker, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

**26 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Annkatrin Klepsch (MdL)**

16 bis 17 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21  
Voranmeldung unter Telefon:  
8214793 oder per Mail an  
bb-klepsch@linksfraktion-sachsen.de

**IDS-Treffen**

Thema : Entwicklung unserer Partei von der PDS zu DIE LINKE  
19 Uhr | Alexandros | Großenhainer Straße

**28 Landesfrauenkonferenz der LINKEN**

Konferenz der LINKEN. Sachsen  
10 - 16 Uhr | Gewerkschaftshaus | Schützenplatz 14

**30 Mindestlohn für alle, jetzt.**

Kundgebung in Berlin (Anhörung zum Mindestlohngesetz)  
10 Uhr | zwischen Paul-Lübbe-Haus und Kanzleramt | Berlin  
Anmeldung: [dresden@dgb.de](mailto:dresden@dgb.de) oder Tel.: 0351-8633 415

## JULI

**05 „Wir haben es satt“-Demo**

Wir haben Agrarindustrie satt! Für gutes Essen und zukunftsfähige Landwirtschaft. Anfangskundgebung: 12.30 Uhr am Bahnhof Neustadt  
Aktuelle Infos im Internet:  
[www.wir-haben-es-satt.de/sachsen/](http://www.wir-haben-es-satt.de/sachsen/)

**06 SZ-Fahrradfest**

Macht mit im DIE LINKE Dresden-Team bei der Freizeittour über 13 km: Anmeldung im Internet  
[www.sz-fahrradfest.de](http://www.sz-fahrradfest.de)  
oder in einem SZ-Treffpunkt  
Beginn: 10:30 Uhr | Theaterplatz

**07 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 [www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)**15 Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**21 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 [www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr  
im Haus der Begegnung - Empore

HARTZ IV-Beratung im HdB

Jeden Mittwoch  
14 bis 17 Uhr  
im Haus der Begegnung  
Großenhainer Str. 93  
Tel.: 0351-8583801

Ständige Termine in der WIR AG,  
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Bibliothek der RLS in der WIR-AG  
Martin-Luther-Str. 21  
Öffnungszeiten:  
Dienstag bis Donnerstag  
10.00 bis 18.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:  
Felicitas Weck:  
Linke Kommunalpolitik. Für Einsteiger\_innen und Fortgeschrittene.  
Aktualisierte Ausgabe.  
VSA-Verlag, Hamburg 2014

Ständige Termine im Roter Renner,  
Rudolf-Renner-Str. 49

Montag von 15:00-18:00 Uhr  
Mittwochs: 15:30-17:30 Uhr  
»Offenes Büro«

Nach Vereinbarung  
[uwe-baumgarten@web.de](mailto:uwe-baumgarten@web.de)  
Sprechstunde Ortsbeirat

jeden 1. Donnerstag:  
Stammtisch ab 15:30 Uhr

**Termin vergessen?**  
**Linksblatt@web.de**

**Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen**

Ilse Arlt, Altstadt  
Christian Arnold, West  
Suzanne Arnold, Pieschen  
Lothar Bergmann, Altstadt  
Johanna Besser, Altstadt  
Gunter Bier  
Steffi Birn, Plauen  
Annemarie Blochmann, Pieschen  
Ulrich Deeke, Plauen  
Sascha Drechsel, Plauen  
Johannes Dreißig, Plauen  
David Dänzer, Blasewitz  
Andree Ehrig, Prohlis  
Karin Erler, Pieschen  
Christa Fischer, Altstadt  
Yolande Fischer, Altstadt  
Gerold Fitzner, West  
Harald Fleischer, Leuben  
Werner Gelfert, Altstadt  
Peter Hannig, Pieschen  
Veronika Hanusch, Nord  
Heinz Hein, Nord  
Christiane Helaß, Blasewitz  
Vroni Herrmann, Altstadt  
Helga Hofmann, Neustadt  
Rainer Hollasky, Neustadt  
Peter Horn, Plauen  
Heinz Hornig, Plauen  
Horst Hosemann, Prohlis

Rosel Hryniw, West  
Andreas Juhrich, Pieschen  
Ingeburg Jähnichen, Altstadt  
Ingeborg Kandler, Altstadt  
Antje Kazimiers, Neustadt  
Roswitha Keller, Leuben  
Ruth Kirschke  
Helga Kleber, Nord  
Helga Knebel, Altstadt  
Wolfgang Konrad, West  
Alfred Kramer, Blasewitz  
Helmut Kunert, Nord  
Heinz Kupijai, Nord  
Rainer Laaß, Plauen  
Elli Ledermüller, Blasewitz  
Andreas Liedtke, Leuben  
Christa Martin, Plauen  
Helga Matthies, Leuben  
Erika Meinhardt, Altstadt  
Annelies Mende, Blasewitz  
Siegfried Menzel, Blasewitz  
Rolf Merkewitz, Neustadt  
Dagmar Mocker, Blasewitz  
Gabriele Mühlbauer, Leuben  
Rudi Naumann, Leuben  
Ingrid Neubert, West  
Rotraut Näther, Plauen  
Walter Peschmann, Blasewitz  
Margarete Pfab, Neustadt

Werner Pfalz, Altstadt  
Arno Pfortner, Neustadt  
Irmgard Pilarski, Altstadt  
Edeltraut Pohl, Altstadt  
Wolfgang Reinhard, Blasewitz  
Hanns Reißig, Altstadt  
Beate Richter, Neustadt  
Matthias Rolle, Altstadt  
Elfriede Rosenkranz, Pieschen  
Bernd Rump  
Thea Schaarschmidt, Blasewitz  
Wolfgang Scheler, Leuben  
Siegfried Schiemann, Leuben  
Edeltraud Schiller  
Klaus Schmole, West  
Rosa Schreiter, Prohlis  
Hans-Hermann Schwanecke, Nord  
Hans Schönherr, West  
Katharina Schütz, West  
Gertraude Seidel, Blasewitz  
Sybille Streitenberger, Neustadt  
Wolfram Stübner, Neustadt  
Christa Söhnel, Altstadt  
Heike Trautmann, Blasewitz  
Wilfried Trompelt, Neustadt  
Bernd-Georg Uxa, Plauen  
Eberhard Voigt, Nord  
Tilo Wirtz, Blasewitz  
Ingelinde van Treek, Neustadt

# Geschafft!

von Dr. Cornelia Ernst

Der Weg war ziemlich weit und kraftraubend. Als sächsische Europaabgeordnete hatte ich dabei ein wirkliches Plus auf meiner Seite – meinen Landesverband. Das war anderswo gar nicht selbstverständlich. Ich habe immer Unterstützung erfahren, ob im Vorfeld des Nerven zerreibenden Wahlmarathons im Bundesausschuss, vor und in Hamburg oder konkret im Wahlkampf. Dafür mein großer Dank! An alle Genossinnen in den Kreis- und Stadtverbänden, die meine Wahltour begleiteten, an diejenigen, die die Plakate anbrachten, Wahlmaterial austeilten und mir moralisch zur Seite standen. Alles hat geholfen: Stefan Hartmanns Seelsorge, Caren Lays Fürsprache, Angela Hänel's gute Organisation des Wahltages, Andreas Graffs tolle Idee des Betriebsbesuches, Verena Meiwalds Engagement vor Ort, Andreas Salzwedels gute Gesprächsrunde in Glauchau, Jens Thörich für den Tag im Dreiländereck, Uli Reinschs Dauerhilfe und, und, und... Allen, wirklich allen Genossinnen und Genossen vor Ort gilt uneingeschränkt mein Dank! Es sei mir gestattet an dieser Stelle mich besonders bei Antje Feiks, Rico Gebhardt und Lars Kleba bedanken – ganz ehrlich, Ihr habt den Erfolg meiner Wahltour – überhaupt erst möglich gemacht. Und natürlich umarme ich meine „Mannschaft“ – Anja Eichhorn, Jan-Robert Karas, Anton Hörfels und Anna Gorskih!

Wir haben in den letzten zwei Monaten nicht irgendwelche Bändchen durchgeschnitten oder uns um belegte Brötchen geбалgt, sondern hatten einen festen Plan. Wir unternahmen eine Asyltour durch Sachsen, registrierten Licht und Schatten und debattierten mit Bürgermeister, Dezernenten, NGOs

und natürlich mit vielen Bürgerinnen und Bürgern. Wir sprachen darüber, wie mit dem Thema Asyl und Zuwanderung künftig umzugehen ist. Dabei ging es nicht um ideologische Ergüsse, sondern praktische kommunale und Landespolitik. Wir besuchten zahlreiche Asylbewerberheime und beide Erstaufnahmereinrichtungen und landesweit große Übereinstimmung darüber, dass Asylbewerber nicht nur untergebracht, sondern auch integriert werden müssen. Deutsch-Unterricht, dezentrale Unterbringung, ausreichende Landesmittel für soziale Betreuung standen im Mittelpunkt der Debatten. Wir stellten fest, dass sich manches Positive getan hatte, zum Beispiel ist dezentrale Unterbringung kein Teufelswerk mehr in den Kommunen und Integrationskonzepte sind da oder in Arbeit. Schwierig wird es dann, wenn der Deutschunterricht für über 27jährige abzusichern ist, da ist mehr Unterstützung durch den Freistaat erforderlich. Die ganz praktische Integration Erwachsener ist besonders schwierig, da ihre Perspektiven durch Arbeit kaum realisiert werden. Dennoch gibt es erste Ideen zu Gesprächen mit Jobcentern. Momentan läuft die Diskussion über den Haushalt des Freistaats, das heißt auch über die Kostenpauschale für Asylbewerber pro Jahr. Die bisherigen 6000 Euro sind viel zu gering, darüber herrscht Einigkeit. Das zeigt auch eine Studie des Innenministeriums. Eine Erhöhung auf 8000 Euro ist unabdingbar. Wir haben mit dem Innenministerium vereinbart, dass es eine Auswertungsrunde zu dieser Asyltour geben wird, zu der wir die Mitstreiter/innen aus den Kreisen einladen werden.

Neben unserer Asyltour spielten auch alle Fragen, die europäische Politik be-



## DIE LINKE in Europa

treffen, eine große Rolle, die Fördermittelpolitik, die Überbrückung der Förderlücke in diesem Jahr, aber auch außenpolitische Themen prägten die Debatten. Ukraine, Freihandelsabkommen mit den USA und die EU als solches, rauf und runter. Ziemlich deutlich wurde, dass das konkrete Wissen über das Funktionieren der EU eines der größten Defizite im Diskurs über europäische Politik darstellt. Wer ist wofür zuständig? Was bedeutet es, zwei Gesetzgeber auf europäischer Ebene zu haben? Ich denke, dass in den nächsten Jahren hier der meiste Nachholbedarf ist und ein Teil meiner Arbeit wird sich dieser Sache widmen. Richtig Spaß gemacht haben mir auch die zahlreichen Podiumsdiskussionen und -duelle mit meinen Konkurrenten/innen der anderen Parteien, insbesondere mit Hermann Winkler und Constanze Krehl.

Nun ist die Wahl vorbei. Unser Ergebnis als DIE LINKE steht für den Stabilisierungskurs unserer Partei und zeigt zugleich unsere Schwächen. Einen Durchbruch der LINKEN auf europäischer Ebene hat es nicht gegeben. Wir freuen uns aber besonders über die Zuwächse in unserer Fraktion aus Südeuropa und Nordeuropa, insbesondere in Griechenland und Spanien. Auch werden endlich wieder Finnen und Italiener in unse-

US-Handelskammer, eine hochrangige Wirtschaftsdelegation noch in diesem Monat nach Kuba zu entsenden, damit diese sich vor Ort ein Bild der wirtschaftlichen Veränderungen mache. Man darf gespannt sein, ob den Worten nun Taten folgen. Wie groß der Widerspruch zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen in den USA scheint, verdeutlicht die „Gegenbewegung“ zu den Unterzeichnern des Offenen Briefs: Die US-Ratingagentur Moody's hat die Kreditwürdigkeit Kubas vor rund einem Monat sogleich von „generell riskant“ auf „hochgradig spekulativ“ gesenkt. Wahrscheinlich wird die US-Unternehmerlobby zusehen müssen, wie sich aufstrebende Schwellenländer (Brasilien, Russland, Indien und China) die besten Stücke des lateinamerikanisch-kubanischen Kuchens sichern? China hat z.B. seinen Handel mit Lateinamerika verdoppelt. In Bolivien entsteht Dank koreanischer Unterstützung ein Werk zur Herstellung von Lithiumbatterien (Bolivien verfügt über das bislang weltweit größte Vorkommen dieses Leichtmetalls), die u. a. nach Argentinien, Brasilien und Paraguay exportiert werden. Damit wird der bisher übliche Handel mit Rohstoffen nun zum Aufbau einer eigenen verarbeitenden Industrie genutzt. **Terminankündigung:** Am Samstag, dem 26. Juli findet in der Parkaue Lichtenberg die **Fiesta de Solidaridad** statt. Saludos solidarios!



re Fraktion kommen, vielleicht auch erstmals Mitglieder von ganz anderen Parteifamilien, wie der Feministischen Partei aus Schweden. Wir werden in den nächsten Wochen genauer wissen, wer in unserer Fraktion mitwirken wird. Die Wahlen zum Fraktionsvorsitz und zum Kommissionspräsidenten prägen die nächsten Wochen. Die große Frage wird auch sein, wie stark letztlich das rechte Lager im Europaparlament sein wird und inwieweit das mögliche Mehrheiten jenseits der Konservativen noch ermöglicht oder auch nicht. Leider spricht vieles für einen Rechtsruck im Europaparlament. Die AfD ist symptomatisch dafür, aber auch noch weiter rechts stehende Parteien haben große Wahlsiege zu verzeichnen, wie Le Pen in Frankreich. Das würde unser Agieren deutlich erschweren.

Ich für meinen Teil werde ganz sicher wieder im Innenausschuss für DIE LINKE vertreten sein und vermutlich auch im Regional- und im Frauenausschuss. Genaueres wissen wir Ende Juni. Dann werde ich Euch über unsere Arbeitszusammenhänge genau informieren. Ich freue mich auf die kommenden 5 Jahre, hoffe auf engste Zusammenarbeit und bleibe Euch und unserem Ländle in Brüssel natürlich treu!

## Cuba Si informiert von Ursula Zierz

Infos zu CELAK - Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten

**Zur Sonderwirtschaftszone im Containerhafen Mariel in Kuba**  
Spanien, Frankreich, Italien, Brasilien, Russland, die Niederlande und China haben großes Interesse an einer wirtschaftlichen Ansiedlung bekundet. Ihre Pläne gehören zu den bislang 23 Investitionsvorhaben für Mariel, informiert die Leiterin der Regulierungsbehörde. Konkret gehe es um Vorhaben in den Bereichen Biotechnologie, Pharmazie, Schwerindustrie, traditionelle Industrie, Verpackungsindustrie, Lebensmittelverarbeitung und Logistik.

Der kubanische Vizepräsident Ricardo Cabrisas war zum Staatsbesuch in Angola, um mit verschiedenen Ministern Bereiche einer weiteren Zusammenarbeit zu erörtern (Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung, Energie, Expertenaustausch). Er dankte der Regierung Angolas, die nach Wirbelstürmen landwirtschaftliches Gerät geschickt hatte. Gegenwärtig arbeiten rund 4000 Kubaner in Angolas Gesundheits-, Bildungs- und Baubereich.

Ein offener Brief von mehr als 40 Politikern und anderer einflussreicher Persönlichkeiten aus den USA an Präsident

Obama sorgt für Aufsehen in den USA und in Kuba: Darin sprechen sich die Unterzeichner für eine Anpassung der US-Politik gegenüber Kuba aus und erklären den bisherigen Konfrontationskurs für gescheitert. Die Befürworter einer anderen Politik gehören sowohl zur Republikanischen Partei als auch zur exilkubanischen Gemeinde in Miami, sind ehemalige Regierungsfunktionäre oder hochrangige Angehörige der Streitkräfte. Auch zwei ehemalige Leiter der US-Interessenvertretung in Havanna sind zu finden, sowie der frühere Oberbefehlshaber der NATO - US-General James Stavridis, der ehem. US-Innenminister, die ehem. Arbeitsministerin und David Rockefeller, Ehrenpräsident des Amerikarates. Die Unterzeichner fordern Obama auf, die derzeit günstigen Voraussetzungen zu nutzen, um eine signifikante Verbesserung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erreichen, da sich dies auch die Mehrheit der US-Bevölkerung wünsche. Weiterhin wird angeregt, das Reisen nach Kuba für alle US-Bürger zu erleichtern, sowie die Gespräche über Themen der nationalen Sicherheit, Zuwanderung, Drogenschmuggel und Umwelt zu vertiefen. Die kubanische Tageszeitung Granma veröffentlichte den Brief kommentarlos. Nach Veröffentlichung des Briefs folgte die Ankündigung der einflussreichen

Spendenkonto:  
Cuba Si Dresden (SV DIE LINKE)  
Kontonr.: 3120183074  
BLZ: 850 503 00  
Ostsächsische Sparkasse Dresden

### Redaktionsschluss 2014

08.01.2014, 03.02.2014  
05.03.2014, 02.04.2014  
14.05.2014, 04.06.2014  
09.07.2014, 10.09.2014  
01.10.2014, 05.11.2014  
10.12.2014

Impressum  
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
www.dielinke-dresden.de  
E-Mail: linksblatt@web.de  
V.i.S.d.P. Annetrin Klepsch, Tilo Kießling  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Annetrin Klepsch, Tilo Kießling, Ursula Zierz, Dr. Cornelia Ernst, Cornelia Eichner, Marcus Friese, Uwe Schaarschmidt, Katharina Tömpelhöfer, Katja Kipping, Sarah Buddeberg, Torsten Bittermann, Jens Matthis  
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar, Uwe Schaarschmidt  
Druck: Verlag Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare  
Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Sagen was ist:

# Grundrechte kürzt man nicht!

von Katja Kipping

Neu ist es nicht, dass wir uns als LINKE gegen die Abschaffung jeglicher Sanktionen beim ALG II einsetzen. Was man aber dem Parlament nicht ständig vor Augen hält, wird zum einen nicht wahrgenommen, zum anderen missachtet man die Hoffnungen der Wählerinnen und Wähler, ihre Probleme an prominenter Stelle zur Sprache zu bringen und auch andere Parteien zu zwingen, sich zu erklären. Deshalb haben wir im Bundestag die Abschaffung der Sanktionen beantragt.

Über 1 Million Sanktionen wurden im Jahr 2013 verhängt. Um den Begriff Sanktionen noch einmal zu erläutern: Sanktion bedeutet, dass das ohnehin niedrige Arbeitslosengeld II gekürzt wird, und zwar im ersten Schritt um 30 Prozent, dann um 60 Prozent, und am Ende komplett gestrichen wird.

Die Gegner der Sanktionsfreiheit bedienen sich unter anderem, vereinfacht ausgedrückt, folgender Behauptung: Wer sucht, der findet. Also im Klartext: Wer erwerbslos ist, ist selber schuld. Die Mathematik spricht eine andere Sprache. Das Verhältnis von offenen Stellen zu offiziell Erwerbsarbeitssuchenden war im vergangenen Jahr eins zu neun, wenn man nur die offensichtlichen statistischen Tricks herausnimmt. Auf eine offene Stelle kommen also neun Erwerbsarbeitssuchende. Das heißt, egal wie sich diese neun anstrengen: Acht von ihnen müssen nach mathematischen Grundsätzen leer ausgehen. Halten wir also fest: Erwerbslosigkeit ist keine individuelle Schuld, sie hängt mit der Wirtschaftsweise zusammen.

## Ignoranz als Methode

Ein weiteres Gegenargument, das ein Redner der CDU/CSU vor einigen Jahren bedient hatte, lautet: Sankti-



Foto: Uwe Schaarschmidt

onen betreffen nur drei Prozent aller Leistungsberechtigten; wenn wir uns darum kümmern, dann machen wir Politik vom Rande her. Ich finde, das ist eine ungeheuerliche Ignoranz gegenüber Menschen, die in einer besonderen existenziellen Notlage sind.

Es stimmt vor allen Dingen nicht, weil die Möglichkeit einer Sanktion, dieses Damoklesschwert, viele bedroht und verunsichert. Die Sanktionen sind auch ein Angriff auf die Mitte. Deswegen ist die Standardantwort seitens der CDU/CSU so verlogen, man müsse auch an diejenigen denken, die von früh bis abends arbeiten. Wir sagen: Ja, wenn Sie die Mitte steuerlich entlasten wollen, können Sie das machen. Sorgen Sie mit uns gemeinsam für Steuergerechtigkeit! Aber tun Sie nicht so, als ob die Verkäuferin, der Lehrer, die Kindergartenerzieherin oder der Krankenpfleger einen Cent mehr in der Tasche hätten, nur weil Erwerbslose noch schärfer und weiter sanktioniert werden. Im Zuge von Hartz IV hat die Bereit-

schaft zugenommen, schlechte Löhne und familienunfreundliche Arbeitszeiten zu akzeptieren. Hartz IV ist also auch ein Angriff auf das Lohngefüge. Deswegen liegt die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen im Interesse sowohl von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten als auch von Kernbelegschaften.

## Weder Kindergarten noch Arbeitshaus

Ein weiteres Vorurteil lautet, Sanktionen träfen nur diejenigen, die den ganzen Tag faul vor dem Fernseher sitzen. Die offiziellen Zahlen sprechen eine andere Sprache. 72 Prozent der Sanktionen gehen auf Meldeversäumnisse zurück. Möglicherweise sind die Betroffenen nicht zu einem Termin erschienen, weil sie keinen Brief erhalten haben oder Angst hatten, den Brief zu öffnen, der in einer Sprache verfasst ist, die für viele bedrohlich wirkt. Nur 12 Prozent der Sanktionen gehen zurück auf mögliche Ablehnungen von Maßnahmen oder Arbeitsplätzen. Darunter sind Maßnahmen, die oft nichts anderes

als eine fragwürdige Beschäftigungstherapie für Erwachsene darstellen.

Ich habe mich mit einer Sozialarbeiterin aus Neukölln unterhalten. Sie sagte mir: Das SGB sollte doch eigentlich ein Sozialgesetzbuch sein. Ich erlebe es zunehmend als Strafgesetzbuch.

Ja, Sanktionen sind Ausdruck eines paternalistischen Erziehungsstaates. Sie stehen in der Tradition des Arbeitshauses. Erwachsene werden als Erziehungsbedürftige betrachtet. Wir als Linke sagen Nein zu diesem paternalistischen Verständnis. Wir sagen Ja zu einem demokratischen Sozialstaat, der von demokratischen und sozialen Rechten ausgeht. Für uns ist es nicht hinnehmbar, wenn Erwachsene als Erziehungsbedürftige behandelt werden, für uns ist es nicht hinnehmbar, dass das Grundrecht auf menschenwürdige Existenz negiert wird. Nichts weiter sind die Sanktionen und deshalb gehören sie abgeschafft.

Die Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ab aktueller Ausgabe kostenlos

## LuX goes commons!

Die LUXEMBURG - Gesellschaftsanalyse und linke Praxis ist seit 2009 die Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ab 2014 erscheint sie dreimal im Jahr und das Abonnement ist nun kostenfrei – LUXEMBURG wird mit dem ersten Heft dieses Jahres Commons (by-nc-sa).

Doch wozu benötigt man auch noch diese Zeitschrift? Was ist das Besondere an ihr? Im Selbstverständnis der Zeitschrift heißt es dazu: „LUXEMBURG will eine Zeitschrift der Linken sein: ihre Diskussion und Analysen mit freundlicher Schärfe zusammenbringen und fruchtbar machen – jenseits der üblichen Trennungen in Richtungen, Strömungen und Schulen, Theorie und Praxis, Politik, Ökonomie und Kultur. Als Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung folgt LUXEMBURG auf UTOPIEKreativ, deren letzte Ausgabe zum Jahresende 2008 erschien.“ (Quelle: [www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de))

Grafik: RLS



Im Juni ist nun die erste Ausgabe der LUXEMBURG im Jahr 2014 erschienen. „Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind diesmal Anlass für den Schwerpunkt: GESPENST EUROPA. Es gruselt und lockt, ist hehrer Traum, drohendes Schreckensszenario und düstere Realität zugleich. Für viele Linke ist Europa trotz der Troika-verordneten Austeritätspolitik weiterhin positiver Bezugspunkt jenseits der ewigen Kriege der ewigen Nationalstaaten. Die populistische und extreme

Rechte, die einmal mehr ihr hässliches Haupt erhebt, sieht in der EU ein Sinnbild allen Übels: ›Multikulturalismus‹, ›Transnationalismus‹, ›Überfremdung‹. Und für Flüchtlinge aus dem globalen Süden endet der Traum von Europa oft schon vor seinen Küsten tödlich.

Welche strategischen Herausforderungen ergeben sich für die Linke in einer Situation, in der rechtspopulistische Parteien und Bewegungen die Europa-Kritik anführen? Wie lassen sich transnationale

Perspektiven entwickeln, die die Festigkeit der neoliberal-autoritären EU-Strukturen ernst nehmen? Wie eine Vision für Europa, die mehr ist als ein naives ›Wünsch dir was?‹“ (Quelle: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/gespenst-europa-luxemburg-12014-im-druck/>)

Überzeugt? Dann könnt Ihr hier lesen, wie Ihr Abonnent werden könnt: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement/>. Natürlich könnt Ihr die Ausgabe auch als pdf herunterladen.